

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Landtags-Zeitung. 1833-1846 1842

9 (27.1.1842)

Ein Abonnement besteht aus 25 Nummern und kostet 40 fr. Durch die Post bezogen für Baden 48 fr. Die Bestellungen sind für jedes folgende Abonnement zu erneuern.

Landtags-Zeitung.

Man abonniert bei dem nächstgelegenen Postamt, in Karlsruhe bei Malsch und Vogel, von welchen das Blatt auch im Buchhändlerwege zu beziehen ist.

[Nr. 9.] Verhandlungen der II. Kammer der badischen Stände im Jahre 1842. [27. Januar]

Herausgegeben von den Abgeordneten

Bassermann, Bissing, v. Ihlein, Kuenzer, Martin, Rindeschwender, Sander, Welcher und Weller.

Redigirt von Karl Mathy. — Druck von Malsch und Vogel in Karlsruhe.

39ste Sitzung der zweiten Kammer.

(Fortsetzung.)

Zentner dankt dem Abg. Sander für seine Motion, insofern als dieselbe Gelegenheit gab, durch Berathung und Schlußfassung in diesem Hause dem badischen Volke zu zeigen, daß seine beiden höchsten Lehranstalten noch höher stehen, als vielleicht Manche in der letzten Zeit geglaubt haben. Der Redner erklärt sich übrigens gegen die Motion, gegen ihre Verweisung in die Abtheilungen und unterstützt somit den Antrag des Abg. Trefurt. Er hat dafür zuerst einen formellen Grund, da nach §. 49 der Geschäftsordnung schon in der Anzeige einer Motion angegeben werden müsse, was der Inhalt des Gesetzes seyn solle, welches durch die Motion erbeten wird. Die vorliegende Motion habe aber dieses nicht enthalten und auch heute habe der Abg. Sander erklärt, daß er die Aufhebung einer bestimmten Universität nicht zum Gegenstand seiner Motion mache, sondern bloß seine Ansicht dahin ausspreche, daß Heidelberg die aufzuhebende Universität seyn solle. Ein solcher Antrag sei der Geschäftsordnung zuwider, denn das Gesetz könne nicht dahin lauten: eine von den beiden Landesuniversitäten ist aufgehoben, und an deren Stelle ein polytechnisches Institut zu setzen. Mehr noch als dieser formelle Grund bestimmen den Redner materielle Gründe: zunächst der, daß er nicht so leicht an der Verfassung gerüttelt seyn möchte. Um auf eine Abänderung der Verfassung einzugehen, sei es für ihn nothwendig, nicht nur, daß die Gründe der Zweckmäßigkeit, sondern auch des Bedürfnisses der Abänderung klar vorliegen. Solche Gründe findet er nicht in der Motion und kann daher um so weniger darauf eingehen, da die Abänderung die Aufhebung von Jahrhunderte alten Einrichtungen, kurz, einer der beiden Universitäten betreffe. Bezüglich auf die Behauptung des Abg. Sander, daß eine Universität durch die Mittel beider auf eine höhere Stufe gehoben werden könne, entgegnet der Redner, daß selbst der größte Scharfsinn nicht werde beweisen können, daß bei sonst gleicher Beschaffenheit ein Licht besser leuchte als zwei. Die eine Universität entspreche jetzt schon allen An-

forderungen und die andere könne durch eine kleine Erhöhung der Dotation und Sorge für den Ersatz der erlittenen Verluste an Lehrern auf den gleichen Standpunkt gehoben werden. Hinsichtlich des finanziellen Punktes hält es der Redner ebenfalls für besser, wenn beide Universitäten bleiben, indem das Geld, welches namentlich die Ausländer in Heidelberg in Zirkulation setzen, größeren Nutzen schaffe, als wenn man die Universität aufhebe, die Hälfte ihrer Mittel der andern zuweist und dadurch der Staatskasse eine kleine Summe erspart. — Einen weiteren Grund gegen die Motion sieht der Redner darin, daß der Landesheil, dessen Universität aufgehoben würde, (und dieses Loos würde nach seiner Meinung, wenn die Maßregel zur Ausführung käme, eher Freiburg als Heidelberg treffen) sich dem andern geopfert sehen werde. Außerdem werde die eine Universität vorzugsweise als die katholische, die andere als die protestantische betrachtet. Gerade in der gegenwärtigen Zeit wäre nun am meisten zu besorgen, daß, welche von beiden Universitäten auch aufgehoben werden wollte, der betreffende Konfessionstheil den andern erorbitant begünstigt, sich selbst aber auf eine außerordentliche Weise beeinträchtigt sehen würde. Er verweist auf die Schrift über die katholischen Zustände und die Aufregung, welche durch die Behauptung (deren Richtigkeit oder Falschheit er nicht untersuchen wolle) zum Theil veranlaßt wurde, daß die katholische Kirche in dem letzten Dezennium von der Neglerung schwer beeinträchtigt worden sei. Wollte man nun zu einer Maßregel, wie die vorgeschlagene, greifen, so würde man das Feuer, das vielleicht jetzt noch glimmt, zur Flamme ansuchen. Es bestehe auch ein großer Unterschied zwischen der Gründung und der Erhaltung einer solchen Anstalt. Wenn es sich darum handelte, eine zweite Universität zu errichten, dann würden die Gegengründe des Abg. Sander volle Beachtung verdienen; allein hier handle es sich um die Erhaltung. Wenn z. B. die Rede davon wäre, die Stadt Karlsruhe jetzt zu bauen, so würde man sie entweder an die Ufer des Rheines oder an die Hügelkette bei Ettlingen bauen. Was würde man aber zu einem

Beschlüsse sagen, der dahin ginge, die Stadt Karlsruhe aus diesen und jenen Rücksichten an einen dieser beiden Punkte zu verlegen? Eben so verhalte es sich bei der vorliegenden Frage. Der Redner lobt es, daß der Abg. Sander die polytechnische Anstalt zu seinem besonderen Schül링 gemacht habe, anerkennt Alles, was derselbe im Wesentlichen vorschlug, um den Bürger- und Gewerbestand so wie die Landwirthschaft besser auszubilden, glaubt aber, daß er ein falsches Mittel gewählt habe. Man brauche zu diesem Behufe keine Universität aufzuheben, sondern könne selbstständig für diesen Zweck sorgen. Endlich erklärt sich der Redner auch gegen den zweiten Theil der Motion und den Antrag des Abg. Welcker, denselben in die Abtheilungen zu verweisen, da ihm gegenwärtig kein Bedürfnis vorhanden zu seyn scheint, eine Motion auf die Vervollkommnung der polytechnischen Schule zu stellen; er bezweifelt auch, daß der Abg. Sander den zweiten Theil seiner Motion begründet haben würde, wenn er über den Erfolg des ersten Theiles gewiß gewesen wäre.

Schinzinger stimmt mit den Ansichten überein, welche der Abg. Welcker über den hohen Werth und großen Nutzen der Universitäten in geistiger und wissenschaftlicher Beziehung nicht nur für unser engeres badisches, sondern für das gesammte deutsche Vaterland, entwickelt hat. Er erklärt sich gegen die weitere Verathung und Verweisung der Motion in die Abtheilungen und entschieden gegen die Aufhebung einer Landesuniversität. Was die polytechnische Schule betrifft, so habe die Regierung und die Kammer bisher gethan, und werde auch in Zukunft Alles thun, was das Interesse dieser Anstalt erfordert. Der Redner führt nun aus, wie Heidelberg, die drittälteste Universität in Deutschland, im Anfange dieses Jahrhunderts von Karl Friedrich gleichsam neu gegründet und dotirt, und wie beim Anfälle des Breisgau's und der Ortenau an das Großherzogthum, der Universität Freiburg nicht mindere Aufmerksamkeit geschenkt wurde. „Beide Städte, Heidelberg und Freiburg, sind durch die romantisch schöne Gegend und wegen ihrer gesunden Lage an Flüssen, ganz besonders zu Universitäten geeignet. Als nach beendigten schweren Kriegen, welche das Land viele und große Opfer kosteten und die Staatskasse mit Schulden drückten, der Bestand einer Universität in Zweifel gezogen wurde, entschied der unvergeßliche Großherzog Karl auf den Antrag zweier hohen Staatsmänner, von denen noch jetzt Einer in hohem Greifenalter an der Regierung steht, sich für den Fortbestand beider Landesuniversitäten, und stellte beide unter den Schug der Verfassung. Seither erfreuten sich beide Anstalten des wohlwollenden Schuges erhabener Regenten sowohl, als auch

der beiden Kammern. Die Dotation und Zuschüsse, welche die beiden Universitäten aus der Staatskasse beziehen, belaufen sich übrigens nicht so hoch, als der Motionssteller angegeben hat; bei der Universität Freiburg ist noch besonders zu bemerken, daß sie etwa 10,000 fl. vermöge privatrechtlicher Titel aus der Staatskasse bezieht. Es betragen auch die Dotationen und Zuschüsse beider Universitäten aus der Staatskasse nicht mehr, als was die Anstalten — die Sache nur von dem ökonomischen Standpunkt betrachtet, — dem Staatsschatze wieder mittelbar erstatten. Auch die Fortschritte wissenschaftlicher Bildung äußern in mittelbarer Weise ihren wohlthätigen Einfluß auf den Wohlstand des Landes und auf die Quellen, aus welchen die Staatskasse ihre Einnahmen schöpft. Was insbesondere die Universität Freiburg betrifft, so bedauere ich, daß der Motionssteller die dormalige Frequenz dieser Universität als eine Schattenseite bezeichnet hat. Wenn der Tod so viele und tüchtige Lehrer, wie Kottick, Duttlinger, Beck u. a. in kurzer Zeit unerbittlich hinwegrafft, wenn Männer, wie der Redner, der die heutige Disfession begann, im kräftigen Mannesalter wiederholt dem Lehramte entzogen werden, so darf man sich nicht wundern, wenn dieses vorübergehend auf die Frequenz wirkt. Bei der Universität Freiburg ist übrigens noch das Eigenthümliche, daß sie zunächst aus katholischen Kirchengütern gestiftet, daher in konfessioneller Beziehung als eine katholische Lehranstalt zu betrachten ist, somit durch den §. 20 der Verfassung, wonach Stiftungen für Unterrichts- und Wohlthätigkeitsanstalten ihrem Zwecke nicht entzogen werden dürfen, noch besonders gesichert ist. Ich übergebe hier zugleich die gediegene Schrift, welche der — der Lehranstalt wie dieser Versammlung durch den Tod leider zu früh entrißene v. Kottick im Jahre 1817 für die Erhaltung der Universität geschrieben hat, zur Aufbewahrung in der Bibliothek dieses Hauses. — Die bemerkte konfessionelle Eigenschaft des ehrwürdigen Lehrkörpers verdient hier um so mehr Beachtung, als leider seit kaum einem halben Jahrhundert mehrere katholische Universitäten in Deutschland durch den Sturm der Revolutionen und Kriegseignisse aufgehoben wurden, wie z. B. Erfurt, Mainz, Bamberg, Dillingen, Salzburg, Innsbruck. Was von dem erhabenen Erzherzog Albrecht in frommem Sinne gestiftet und von den glorreichen Regenten des Kaiserhauses Oesterreich, von Maria Theresia, Joseph und Kaiser Franz während der verheerendsten Kriege erhalten und beschützt worden, wird von dem erhabenen Zähringer Fürstenhause nicht aufgelöst werden. Oesterreich und Baden sind Glieder eines Hauses; was von Oester-

reich gestiftet ist, hat Anspruch auf die Liebe Badens! Ich bitte und beschwöre die hohe Kammer, ja nicht die Aufhebung einer der beiden Landes-Universitäten zu beantragen, sondern die Ruperto-Carolina im Norden und die Alberto-Ludoviciana im Süden unseres gesegneten schönen Vaterlandes zu erhalten und zu fördern. Dadurch wird sich die hohe Kammer den Dank der Mit- und Nachwelt erwerben."

Bosselt widersezt sich ebenfalls der Verweisung der Motion in die Abtheilungen und wird dazu hauptsächlich durch die große Aufregung und Unruhe bestimmt, welche schon die Ankündigung der Motion in verschiedenen Städten hervorgerufen habe. Er besorgt, daß die Verathung in der Mitte der Kammer selbst nicht frei von Leidenschaftlichkeit gepflogen würde, wußt würde er für die Verweisung in die Abtheilungen stimmen, weil bei dieser Gelegenheit manches Gebrechen und mancher Wunsch in Betreff des höheren Unterrichts zur Sprache gebracht werden könnte. Allein in der gegenwärtigen Zeit solle man jeden Anlaß zur Störung der Eintracht vermeiden; denn Eintracht thue der Kammer jetzt mehr Noth als jemals.

Merkl erklärt sich unbedingt gegen die Verathung der Motion, welche eine von den Agitationsmotionen sei, die schon vermöge ihrer Natur Aufsehen erregen, eine natürliche Rivalität und einen Kampf hervorrufen und in einem bedeutenden Theile des Landes Besorgnisse erwecken mußte. Der Redner glaubt, daß, wenn es darauf ankäme, eine der beiden Universitäten aufzuheben, nicht Heidelberg sondern Freiburg an die Reihe kommen würde, und im Oberlande würde die Besorgniß bestehen bleiben, daß, wenn es die Universität verliert, es auch nicht die polytechnische Schule erhält. Auf der anderen Seite habe die Motion Vieles für sich, besonders wenn man sich über den Horizont von Baden auf den nationalen Standpunkt erhebt. Dies könnte aber besonders nur dann geltend gemacht werden, wenn es sich davon handelte, eine neue Universität zu gründen. Hier aber kommen noch allgemeinere, größere Interessen in's Spiel und es sei bedenklich, in dieser Beziehung etwas zu ändern. Der Redner verweist auf das Interesse der Wissenschaft im höheren Sinne, auf das nationale Element der Universitäten, während technische Anstalten mehr auf das Weltbürgerthum hinauslaufen, auf die konfessionellen Interessen und jene der allgemeinen Freiheit, welche durch die Anstalten gefördert werde, von denen das Fortschreiten des menschlichen Geistes besonders ausgehe. Es sei auffallend, daß Männer, die sonst so sehr für die Erhaltung und Beförderung der bürgerlichen Freiheit sind, eine Anstalt vernichten wollen, von denen die-

selbe ausgeht. Der Abg. Sander betrachte die Wissenschaft nicht in ihrer spekulativen Höhe und idealen Richtung, sondern als Dienerin der Industrie; die Folge würde seyn, daß das Eblere im Menschen ertödtet, dem Egoismus Thür und Thor geöffnet und diese Richtung, die hier genommen werden soll, die Richtung der Welt würde.

Wagner erwähnt der Besorgnisse, welche die Motion nicht nur in den zunächst betheiligten drei Städten, sondern im ganzen Lande erregt habe. Eine polytechnische Anstalt sei kein Ersatz für den Verlust einer Universität, denn diese beruhe auf historischem Boden und es sei nicht leicht, neue zu gründen; jene dagegen seien mehr ephemere Erscheinungen, es könnten in andern deutschen Staaten größere errichtet werden, zum Nachtheil der unsrigen. Endlich gedenkt der Redner auch der Gründe für die Abnahme der Frequenz in Freiburg, die nur vorübergehend und auch früher, z. B. in den Kriegsjahren nach 1810 dagewesen sei, ohne daß man daran gedacht habe, deshalb die Anstalt aufzuheben.

Goll. Der Abg. Sander baut mit einer merkwürdigen Leichtigkeit auf und reißt nieder; allein der Aufbau gelingt ihm viel weniger als das Niederreißen. Ich halte mich hier lediglich an das Letztere, weil doch bei dem Abg. Sander das Niederreißen an der Tagesordnung ist. Ich will seine Motion auch niederreißen, indem ich mich einfach auf die §§. 20 und 21 der Verfassung berufe. Uebrigens hat sich der Abg. Sander gegen das hiesige (polytechnische) Institut auf eine Art ausgesprochen, die es nicht verdient. Dieses Institut hat sich unter unglücklichen Verhältnissen gehoben und Anfangs nicht gehabt, was ihm gebührte; wenn es die Stellung einnehmen soll, die es später erhalten wird, so bin ich überzeugt, daß es sich unter den Instituten dieser Art in Deutschland auszeichnen werde. Der Abg. Sander sagt ferner, eine der beiden Universitäten soll eingehen; allein er hat, um die materiellen Interessen nicht zu verletzen, zu gleicher Zeit von Ausgleichungsmitteln gesprochen. Nun möchte ich aber wissen, wie er für Karlsruhe sorgen will, wenn das fragliche Institut von hier verlegt wird. Er kommt mir vor, wie der heilige Crispinus, nur mit dem Unterschied, daß dieser Heilige nicht einmal so weit gegangen ist, als der Herr Abgeordnete gehen will. Ich unterstütze daher den Antrag des Abg. Trefurt und glaube, daß der Abg. Sander nur im Scherz diese Motion machte; denn Ernst kann es ihm damit nimmermehr sein, was ich schon seiner Physionomie ansehe.

Hr. v. Rüdert will nicht auf das Materielle der Motion eingehen, sondern nur auf zwei Bemerkungen des

Abg. Welcker erwidern. Dieser habe der Regierung den Vorwurf gemacht, daß die Verminderung der Frequenz und sogar der Achtung gegen die Universitäten durch ihre Maßregeln herbeigeführt worden sei. Diese Maßregeln seien aber im wohlverstandenen Interesse der Universitäten, was sich auch in ihrem Erfolge bewährt habe, indem jenen die Richtung wieder gegeben worden sei, die nothwendig eingehalten werden müsse. Die Gründe der verminderten Frequenz seien in ganz anderen, aber natürlichen Verhältnissen zu suchen. Andere Regierungen haben auf solche Anstalten mehr Aufmerksamkeit und größere Mittel verwendet; sodann seien mehrere neue Universitäten errichtet worden, namentlich in der Schweiz, wodurch die Frequenz der benachbarten gemindert werden mußte. Auch die Errichtung der polytechnischen Anstalt trägt dazu bei, indem ihr Fächer zugewiesen sind, welche sonst den Besuch einer Universität nöthig machten, wie z. B. das Forst- und das Baufach. Die Minderung der Frequenz könne daher nicht aus einer mangelhaften Einrichtung der Universitäten oder gar aus Maßregeln der Regierung abstrahirt werden, die durchaus im Interesse und zum Besten der Anstalten getroffen worden seien. — Es sei weiter bemerkt worden, daß die Berufungen nicht im reinen Interesse der Universität, sondern nach politischen Gründen stattfänden. Das größere und gelehrte Publikum habe diese Vocationen zu beurtheilen, und der Redner unterstellt die bisher vorgekommenen lediglich der öffentlichen und allgemeinen Kritik. Es sei aber Pflicht der Regierung, ehe sie einen Ausländer beruft, sich genau über seine Verhältnisse und seine Brauchbarkeit, so wie auch über seine Gesinnung zu verlässigen; die Regierung sei sogar um so mehr dafür verantwortlich, da, wenn eine Berufung eingetreten ist und dann dem Zwecke nicht entspräche, durch die Entfernung des Lehrers von der Anstalt dem Staate eine weitere Last zugehe.

Welcker entgegnet, er habe über gewisse Bundesmaßregeln gegen die Professoren geklagt, welche leider noch fortbestehen, ungeachtet sie in augenblicklichen, vorübergehenden, angeblich gefährlichen Zuständen ihren Grund hatten. Er habe damit die Abnahme der Achtung gegen die Universitäten und den gelehrten Stand im Allgemeinen in Verbindung gebracht. Der badischen Regierung habe er das Zeugniß gegeben, daß sie sich die Achtung und den Dank um Beförderung der Wissenschaft erwerbe; dabei habe er aber freilich gestehen müssen, daß jenes System auch bei uns Früchte getragen, was sich durch an den Tag gekommene Nachtheile faktisch erwiesen habe. Er frage den Herrn Präsidenten des Ministeriums des Innern, ob nicht, ohne daß er es gewollt, ein gewisses Besessensein für augenblickliche politische Pläne der Staatsbehörden, die Aushülfe gewisser Professoren bei Wahlumtrieben u. s. w. mehr als wissenschaftliche Gründe auf Besetzung gewisser Lehrstellen eingewirkt haben. Dies sei ein Ergebnis des ganzen Systems, welches der Redner nicht für vorübergehend halten kann. Der Präsident unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß er, da andere Mitglieder am Wort seien,

dem Abg. Welcker nur in so weit das Wort gestatten könne, als er dem Regierungskommissär unmittelbar antworten wolle.

Welcker behält sich seine weiteren Bemerkungen vor. Regener stimmt für die Tagesordnung in Beziehung auf beide Theile der Motion. Er würde das Wort nicht genommen haben, wenn ihn nicht die besondere Wärme, mit welcher der Abg. Sander gerade von dem Fach, dem er angehört, gesprochen, dazu bewogen hätte. Er dankt dem Abg. Sander dafür und zwar aus verschiedenen Gründen. Einmal in Rücksicht auf die Wissenschaft und das Leben. Wenn der Abg. Sander die Bildung und die Laufbahn der Kameralisten genauer kenne, so würde er sich wohl überzeugt haben, daß die Mängel daran nicht in dem Maße bestehen, wie er sie hier aneinander gesetzt hat, und daß gerade die Fächer schon seit längerer Zeit vorzugsweise ausgebildet worden sind, die er für vorzugsweise nothwendig erklärte. Der Redner ist nicht für die Trennung der kameralistischen Fakultät von der Universität; er theilt hierin die Ansichten des Abg. Welcker und glaubt, daß gerade in jetziger Zeit, wo die materiellen Interessen vorherrschen, die Männer, welche berufen sind, darin eine wichtige Stimme zu geben, sich von anderen, höheren Interessen nicht ganz lossagen sollten. Dessenungeachtet sei es für die Wissenschaft und das Leben gut, daß der Herr Abgeordnete die Sache zur Sprache gebracht und die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Studium der Nationalökonomie hingeleitet habe, da Fragen dieses Faches in neuerer Zeit mehr Interesse gewinnen und bei dem täglich stärker werdenden Streben, schnell reich zu werden, manche Vorurtheile ausgebeutet werden, in einem Fache, über das man leichter sprechen und schreiben, als man es begreifen kann. Ferner dankt der Redner dem Abg. Sander aus Rücksichten für den deutschen Zollverein. Die Motion und deren Besprechung werde zur Folge haben, daß man Gegenstände der Nationalökonomie und der Finanzwissenschaft weiter verfolge und in sie eindringe. Dann werde man sich überzeugen, daß in einem großen Ganzen, wie der Zollverein, über Fragen, die man bei oberflächlicher Betrachtung als ausgemacht ansehe, verschiedene Meinungen herrschen. Man werde einsehen, daß es in Dingen dieser Art verschiedene Interessen gibt und daß man einer Regierung nicht zumuthen könne, sich blindlings dem Dictat einer Zeitung oder einer Ständeversammlung zu unterwerfen. Endlich bestimmen den Redner zum aufrichtigen Danke gegen den Abg. Sander Rücksichten auf eine ehrenwerthe, ihm sehr theure Klasse seiner Mitbürger, die Herren Juristen. Dieselben hätten einen großen Theil der Staatsverwaltung zu leiten und sich bisher nur selten mit dem ökonomischen Theil des Wissens, der Cameralwissenschaft, bekannt gemacht. Aus der Wärme, womit der Herr Abgeordnete für das Cameralwesen und dessen täglich zunehmende Bedeutung gesprochen, zieht der Redner den fruchtbaren Schluß, daß auch die ehrenwerthe Klasse der Juristen sich künftig nicht blos in Worten, sondern auch in der Sache mit dieser Wissenschaft beschäftigen werde.

(Schluß folgt.)